

Sollen Frauen ins Militär? Müssen Sie?

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **36 (1980)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-844295>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Staatsbürgerin



April/Mai 1980
36. Jahrgang
Erscheint zweimonatlich

Abonnementspreis
Fr. 15.— jährlich
Einzelne Doppelnummer Fr. 3.—

**Zeitschrift
für politische
Frauenbestrebungen**

Redaktion
Esther Scheidegger
Rotwandstrasse 65
8004 Zürich
Telefon 242 64 27

Verlag Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
8032 Zürich
Sekretariat, Neptunstrasse 88
Telefon 47 45 40 oder 910 48 25
Postcheckkonto 80-14151

4/5 1980

Sollen Frauen ins Militär? Müssen sie?

Die Frage, ob Schweizerinnen bald einmal Soldatinnen (und natürlich auch Offizierinnen) werden, ob sie nicht als Freiwillige, sondern künftig als Dienstverpflichtete in die Armee eingezogen werden sollen, ist derzeit im Gespräch, aus verschiedenen Gründen. Da ist einmal die Gleichberechtigungsinitiative, die nun zur Behandlung ins Parlament geht. Vor allem die Kritiker berufen sich gern missgestimmt auf den Leitgedanken «gleiche Rechte, gleiche Pflichten» und möchten sämtliche Frauen möglichst umgehend in die RS oder einen WK schicken, sozusagen zur Strafe. Zu denken und zu diskutieren gibt ferner die Studie der ehemaligen FHD-Chefin Andrée Weitzel im Auftrag des EMD über den möglichen Einsatz der Frauen im Gesamtverteidigungskonzept. Da die Studie dem Vernehmen nach vorliegt, aber «niemand» etwas weiss, werden Spekulationen natürlich ebenfalls angeheizt. Über die BSF-Umfrage zum Thema Nationaldienst («Dem Lande nützen und tausend neue Dinge lernen») haben wir in der letzten Nummer der «Staatsbürgerin» ausführlich berichtet.

Tagung der SPS-Frauen

Am 10. Mai veranstalteten die SPS-Frauen in Bern eine Tagung zu eben diesem Thema. Erinnern wir uns: den BSF-Frage-

bogen hatten sie demonstrativ unausgefüllt zurückgeschickt und in einem deutlichen Brief gegen die tendenziös-suggestive Fragestellung protestiert. Es hatte darin u. a. geheißen: «Da wir jedoch von der Notwendigkeit des (übrigens traditionellen) Einsatzes der Schweizer Frauen in Katastrophenfällen überzeugt sind, schlagen wir vor, eine zivile Organisation mit der Bezeichnung Sozialdienst vorzusehen, die sehr wohl mit einem zu schaffenden Zivildienst auch für Männer gekoppelt werden könnte. Diese Organisation dürfte jedoch nicht den Militärinstanzen unterstehen. Wir sind prinzipiell gegen den Einbezug immer weiterer ziviler Kreise unter die Gesamtverteidigung und gegen eine Aufblähung des Militärapparates. Dagegen sind wir bereit, mitzuhelfen bei der Ausbildung der Frauen für den Katastrophenfall.»

Diese Haltung teilte die überwiegende Mehrheit der um die 140 in Bern anwesenden SP-Frauen. Strikter äusserte sich die Juristin Gret Haller. Ihrer Meinung nach wäre es verfehlt, die Armee einfach den Männern zu überlassen. Sie fordert für Männer und Frauen eine freie Wahl zwischen üblichem Militärdienst und einem Sozialdienst. Beide Geschlechter sollten genau die gleichen Rechte, Pflichten und Betätigungsbereiche haben. Zu Beginn der Tagung nannte der Freiburger Nationalrat Félicien Morel, Mitglied der Eidgenössi-

schen Militärkommission eindruckliche Zahlen und warnte vor einer weiteren Aufblähung: Die jährlichen Militärausgaben, «alles inbegriffen», betragen 6 Milliarden Franken. Das ist praktisch das Doppelte der «offiziellen» 3,3 Milliarden. Also ein «Kopfgeld» von 1000 Franken!

Geharnischte Reaktion der SVP

Unter dem Titel «Die SP-Frauen und ihr ‚Verteidigungstrauma‘» nahm die SVP in einem Pressecommuniqué wie folgt Stellung:

Unter dem vielversprechenden Titel «Frauen ins Militär?» versuchten die SP-Frauen am vergangenen Samstag (10. Mai) ihre Aggressionen gegen Militär und Gesamtverteidigung loszuwerden.

Mit der Beteuerung, dass sie «niemals bereit seien, sich der Gesamtverteidigung zu unterstellen», haben Präsidentin Rita Gassmann und Sekretärin Elfi Schöpf die Tagungsteilnehmerinnen bereits zu Beginn der Veranstaltung in die gewünschte Richtung gelenkt. Allein die Behauptung, auch Organisationen «ziviler Art» — wie etwa Zivilschutz und Kriegsvorsorge — unterstützen dem «herrschenden Militärapparat», beweist deutlich, wie sehr man in SP-Kreisen mit Emotionen und Falschinformationen operiert. Es gehört zu verantwortungsbewusster Parteiarbeit, sachlich und wahrheitsgetreu zu informieren. Was jedoch unter den Schlagworten «Friedenspolitik» und «Katastrophen verhindern» an die versammelten «Gläubigen» herangetragen wurde, grenzt an Demagogie übelster Sorte.

Bereits die Vorschau unter dem Titel «Frauenpolitik muss Friedenspolitik sein» (Tagwacht vom 9. 5. 80) liess erahnen, wie befangen die Organisatorinnen selber waren. Sie haben den Frauen einen schlech-

ten Dienst erwiesen, indem sie mit feministischen und pazifistischen Gemeinplätzen zur totalen Verunsicherung beitrugen. Geschmacklosigkeiten wie jene von Gret Halter (das EMD freue sich wahrscheinlich über die Tatsache, dass in der Schweiz nicht nur dienstuntaugliche Männer sich fortpflanzen . . .) dienen weder der Information noch der Friedensarbeit. Im Gegenteil: solche Aussagen sind die Wurzeln unserer vom Hass beherrschten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Wer behauptet, Friedensarbeit bedeute «die Überwindung des Männlichkeitswahnes» ist nicht ernstzunehmen und muss sich den Vorwurf der Effekthascherei gefallen lassen!

Auch wenn die Schweizer Armee zu Beginn der 90er Jahre unter Bestandesproblemen leiden wird, ist niemals beabsichtigt, ein Militärdienst-Obligatorium für Frauen einzuführen! Mit der kategorischen Weigerung, sich der Gesamtverteidigung zu unterstellen, haben die SP-Frauen einen gefährlichen Irrtum begangen. Gesamtverteidigung hat mit Militarisation nichts zu tun und bedeutet u. a. «Schutz der Zivilbevölkerung, Sicherstellung der Ernährung für alle, Sanitätsdienst für die gesamte Bevölkerung» usw. und kann durch keine Alternative ersetzt werden. Wer den Problemkreis «Gesamtverteidigung» auf die simple Definition «Männer veranstalten Kriege» und «Frauen wollen den Frieden» reduzieren will, qualifiziert sich selber.

Wer notwendige Friedensarbeit zu einem blossen Krieg der Geschlechter umfunktioniert, wie es nun die SP-Frauen getan haben, verdient unsere Achtung nicht. Der Friede ist eine zu ernste Sache, um damit Schindluder zu treiben. Wir alle, jeder Einzelne an seinem Platz, müssen täglich dem Frieden ein Stück näher kommen!

Was denken die «gewöhnlichen» Frauen?

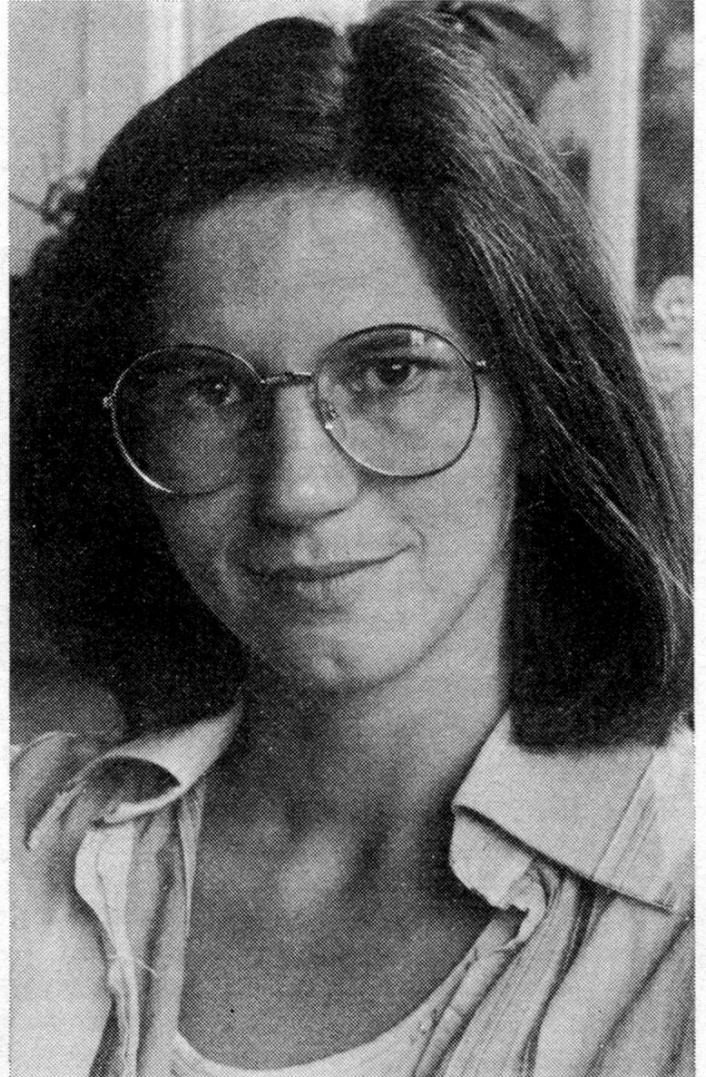
Auch die hetzerische Attacke der SVP ist zweifellos nicht das Schlussvotum in dieser Diskussion. Nicht zu Wort meldeten sich in Bern die «gewöhnlichen» Frauen, die Militärdienst für Frauen u. a. mit dem Argument «unweiblich» prinzipiell ablehnen (in dieser Argumentation treffen sie sich ja mit vielen Männern!). Wir werden auf das Thema bestimmt zurückkommen (müssen).

«Ich bin nicht Frau von Beruf, sondern Journalistin»

An unserer Mitgliederversammlung vom 22. April hatten wir einen Gast: die «mir Fraue»-Redaktorin Rosalie Roggen. Die Gesprächsrunde war leider nicht sehr gross. Rosalie Roggen, Jahrgang 1946, mit mehrjähriger Erfahrung im Tagesjournalismus, gibt der uns allen bekannten Zeitschrift seit einem halben Jahr ein neues, eben ihr Gesicht. Weil es uns wichtig scheint, ihre konkreten Erfahrungen andern Frauen näherzubringen, haben wir sie gebeten, davon zu berichten. Sie tut es spontan, impulsiv und mit überzeugendem Engagement.

Desillusioniert bin ich vor allem, weil ich allen Ernstes gemeint hatte, Leserinnen/Abonnentinnen des Frauenblattes seien politisch um einiges weiter als andere Frauen. Ich habe jetzt einsehen müssen, dass dem nicht so ist. Es hat auch in dieser Gruppe von gegen fünfzehntausend Frauen sehr viele, die eine völlig andere Sprache sprechen, bei denen ich mich manchmal frage, was sie — wenn überhaupt — für ein frauenspezifisches Problembewusstsein haben.

Es fällt mir auf, dass ich immer wieder aufgefordert werde, «Leistungen» von



Frauen zu veröffentlichen. Ich weiss nicht, ob diese Leserinnen in «mir Fraue» vor allem ein «Bestätigungsblettli» sehen, das beweist, dass auch Frauen zu etwas fähig sind. Ich finde diese Haltung so frauenfeindlich wie die, den Frauen nichts zuzutrauen.

Mir wurde vorgeworfen, dass ich «ausgerechnet in der Weihnachtsnummer» das Thema Gewalt gegen Frauen behandelt habe. Ich muss dazu sagen, dass es für mich keine Weihnachtsnummer gibt, sondern nur eine Dezemberrummer, dass aus-